

Weitere Vorwürfe in der Lobbying-Affäre um Kasachstan Seite 7

Eine Schweizer Zahnradbahn für den sozialistischen Ferienort Seite 8

Wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird Seite 8

Bund blockiert Rüstungsgeschäfte mit Saudiarabien Seite 8

# Luzern erhält bürgerliche Männerregierung

Die SP verliert nach 56 Jahren den Sitz in der Exekutive

Die Luzernerinnen und Luzerner binden die SVP nach acht Jahren Unterbruch wieder in die Regierungsverantwortung ein. Auf der Strecke bleiben die Frauen und die Linken.

Erich Aschwanden

Felicita Zopfi fiel der Gang in den Ritterschen Palast, den Sitz der Luzerner Kantonsregierung, am Sonntagmittag sichtlich schwer. Galt es doch den Medienvertretern zu erklären, wieso es zu dieser politischen Zäsur für den Kanton kommen konnte. Im zweiten Wahlgang für den Luzerner Regierungsrat landete die Mehrklassenlehrerin aus Kriens mit 37 154 Stimmen nämlich nur abgeschlagen auf dem dritten Rang. Sie musste sich vom bisherigen Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos, 65 708 Stimmen) und Paul Winiker (svp., 54 500) deutlich geschlagen geben. Ab dem 1. Juli ist Luzern daher der einzige Kanton, der weder eine Frau noch eine Vertretung der Linken in seiner Exekutive hat.

## «Riesenfrust» für Frauen

«Ich hoffe nicht, dass dieses Resultat aus dem Kanton Luzern Signalwirkung für die Schweiz hat. Es darf nicht ernsthaft infrage gestellt werden, dass auch die Minderheiten eingebunden werden sollen», erklärte die Verliererin des Tages betroffen. An ihrer Person habe es aber nicht gelegen, dass die Linke nicht mehr in der Exekutive des grössten Zentralschweizer Kantons vertreten sei.

Einen «Riesenfrust», dass in den nächsten vier Jahren weder die Frauen in der Regierung vertreten sind noch linke und grüne Anliegen eine Fürsprecherin haben, verspürte Grünen-Parteipräsidentin Katharina Meile. Gemeinsam würden Grüne und SP nun versuchen, als starke Opposition zu verhindern, dass die bürgerliche Regierung «den Kanton an die Wand fährt».



Verliererin des Tages: Die Sozialdemokratin Felicitas Zopfi verpasst die Wahl in den Luzerner Regierungsrat klar. URS FLUEELER / KEYSTONE

Sieger des Tages war der Krienser Gemeindepräsident Paul Winiker. Seine Wahl sorgt dafür, dass die SVP erstmals seit 2007 wieder im Luzerner Regierungsrat vertreten ist. Nach nur gerade zwei Jahren wurde vor acht Jahren ein Intermezzo mit der inzwischen zweitstärksten politischen Kraft durch die Wählerinnen und Wähler wieder beendet. Mit dem als vermittelnd geltenden Winiker scheinen die Chancen intakt, dass die SVP diesmal länger an der Macht bleibt. Kein Problem ist es für den Neugewählten, dass er Teil eines reinen Männergremiums wird. Er habe im Wahlkampf zahlreiche Gespräche mit Frauen geführt, für die nicht das Geschlecht, sondern die vertretenen

politischen Positionen und die Führungserfahrung der zur Wahl Stehenden den Ausschlag gegeben hätten, erklärte Winiker.

## Steuerpolitik fortsetzen

Die Überraschung des Tages lieferte Finanzdirektor Schwerzmann, der im ersten Wahlgang Ende März schwach abgeschnitten hatte und um seine Wiederwahl zittern musste. Er erholte sich von seinem Zwischentief, das unter anderem auf eine Internet-Affäre in seinem Departement zurückzuführen war. Im zweiten Wahlgang konnte der Parteilose seinen Vorsprung auf den SVP-Neuling deutlich ausbauen.

Mit der neuen Zusammensetzung ist garantiert, dass der Kanton Luzern seine Politik der tiefen Steuern und des sparsamen Haushaltens in den nächsten vier Jahren weiterführen wird. Dies freute insbesondere den Direktor des kantonalen Gewerbeverbandes Gaudenz Zemp. Zusammen mit der Industrie- und Handelskammer der Zentralschweiz sowie der FDP führte Zemp einen erfolgreichen Kampf für eine geschlossen bürgerliche Regierung. Die Sozialdemokraten hätten mit Zopfi auf eine Kandidatin gesetzt, die nicht über die Partei hinaus wählbar sei. «Das kann sich die SP wie die SVP nicht leisten», sagte Zemp. Die Wahlbeteiligung beim zweiten Wahlgang lag bei 37,1 Prozent.

## Genossin ohne Akzeptanz

SP setzt auf falsche Kandidatin

Erich Aschwanden · Die rot-grünen Sprengel auf dem harten Zentralschweizer Boden werden immer weniger. Nachdem vor drei Jahren die SP aus der Schwyzer Regierung geflogen war, ereilte sie dieses Schicksal am Sonntag nun auch im Kanton Luzern. Nach 56-jähriger Zugehörigkeit zur Exekutive bedeutet es einen harten Schlag für die Partei, dass die Wähler ihre Kandidatin Felicitas Zopfi klar verschmähten. Der ohnehin geringe Einfluss der Linken in der konservativen Innerschweiz ist noch einmal massiv schwächer geworden. Ihr Einfluss in Luzern beschränkt sich für die nächsten vier Jahre auf die Rolle als reine Opposition.

Das schwache Abschneiden der Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang liegt im nationalen Trend. Im Februar mussten die Genossen bereits ihren Sitz in der Baslerbieter Regierung räumen. Insgesamt befindet sich das rot-grüne Lager fünf Monate vor den Nationalratswahlen im Abwind. Doch die Niederlage in Luzern hat noch weitere Gründe. Bei den Wahlen in den Kantonenrat konnte die SP Ende März nämlich sogar leicht Wähleranteile zulegen.

Die SP hat es nicht geschafft, eine Kandidatin aufzustellen, die in der breiten Bevölkerung auf die notwendige Akzeptanz gestossen wäre. Wie die SVP als Polpartei am anderen Ende des Spektrums schaffen es SP und Grüne meist nur in die kantonalen Exekutiven einzuziehen, wenn sie Persönlichkeiten präsentieren, die als gemässigt und damit regierungsfähig gelten. Bei Zopfi war dies nicht der Fall. Zu lange wirkte sie als kompromisslose Parteipräsidentin und ritt in dieser Funktion scharfe Attacken auf die bürgerliche Tiefsteuer- und Sparpolitik. Den Ruf als Hardlinerin wurde sie nicht mehr los. An dieser Ausgangslage konnte auch die CVP nichts ändern, die ihren Anhängern explizit die Wahl der SP-Frau empfahl, um sämtliche politisch relevanten Kräfte in die Regierung einzubinden.

## Kommissionspapiere sind ins Ausland gelangt

Christa Markwalder hat Kasachstan-Lobbyistin Informationen weitergegeben

FDP-Nationalrätin Markwalder hat Kommissionsunterlagen an eine Lobbyistin weitergereicht, die die Papiere ihrerseits nach Kasachstan schickte. In einer Stellungnahme bedauert Markwalder ihre «Gutgläubigkeit».

hü. Bern · In der Lobbying-Affäre um Kasachstan sind weitere Details publik geworden. FDP-Nationalrätin Christa Markwalder hat nicht nur einen teilweisen in Kasachstan verfassten Vorstoss eingereicht, sondern auch Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) an die Lobbyistin Marie-Louise Baumann weitergegeben. Diese wiederum reichte die Informationen an den undurchsichtigen kasachischen Politiker Asat Peruaschew weiter. Das berichteten die «Sonntags-Zeitung» und der «Sonntags-Blick» gestützt auf eine E-Mail, die sie in der gleichen Datenbank gefunden haben, dank der die NZZ vergangene Woche Baumanns und Markwalders Kasachstan-Connection publik machte. Total haben Unbekannte mehrere zehntausend E-Mails aus Kasachstan im Internet publiziert.

Bei den Informationen, die Markwalder weitergab, handelt es sich um die Antworten des Bundesrats auf Fragen zu Kasachstan, welche die FDP-Nationalrätin in der APK eingereicht hatte und



«Vorwurf der Gutgläubigkeit muss ich mir gefallen lassen.»

Christa Markwalder  
Nationalrätin (fdp., Bern)

die teilweise in Kasachstan formuliert worden waren (NZZ vom 6. 5. 15). Die Antworten des Bundesrats wurden auf Russisch übersetzt und am 9. November 2013 per E-Mail an den kasachischen Politiker Peruaschew weitergeleitet.

## Geheimnis verletzt?

Markwalder bestätigte gegenüber der Sonntagspresse, die APK-Papiere mit Baumann «geteilt» zu haben. Dass Baumann diese Antworten integral nach Kasachstan weitergeleitet habe, sei «enttäuschend und höchst unprofessionell», wird Markwalder zitiert.

Es stellt sich die Frage, ob die Weitergabe gegen das Kommissionsgeheimnis verstosse. Im Parlamentsgesetz heisst es: «Die Beratungen der Kommissionen sind vertraulich; insbesondere wird nicht bekannt gegeben, wie die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Stellung genommen oder abgestimmt

haben.» Mark Stucki, Sprecher der Parlamentsdienste, nimmt zum konkreten Fall keine Stellung, sagt aber: «Grundsätzlich gilt: Alle Kommissionsunterlagen sind vertraulich, ausser die Kommission beschliesst ihre Publikation.»

## «Im Interesse des Landes»

Am Sonntagnachmittag publizierte Markwalder auf ihrer Website eine generelle Stellungnahme zu ihrer Rolle im Fall Kasachstan. Darin erklärt sie, sie habe sich «im Interesse unseres Landes» für gute Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan eingesetzt. Die Lobbyistin Baumann habe ihr «ungenügend transparent gemacht», wie eng sie quasi jeden einzelnen Schritt mit Kasachstan abgesprochen habe. «Diesen Vorwurf der Gutgläubigkeit muss ich mir gefallen lassen und darüber ärgere ich mich am meisten – zu meinen Fehlern stehe ich», hielt Markwalder fest.

Zur Frage der APK-Papiere hält Markwalder fest, sie selber habe keine Unterlagen nach Kasachstan geschickt. Einen Verstoss gegen das Kommissionsgeheimnis sieht sie nicht. Der «Sonntags-Zeitung» sagte sie, der Sinn des Kommissionsgeheimnisses sei, die Debatte zu schützen; über ihre Fragen zu Kasachstan sei in der Kommission nicht einmal debattiert worden. Die Antworten des Bundesrats seien «weder brisant noch vertraulich» gewesen.

## Genf bleibt in linker Hand

Die Protestpartei MCG fährt eine Wahlschlappe ein

Die radikale Linke kann ihren Sitz im Stadtrat von Genf halten. Der FDP-Kandidat blieb chancenlos. Die rechtspopulistische Partei MCG scheitert in Onex.

Andrea Kucera

Die Stadt Genf wird weiterhin von Links regiert. Der Angriff der Mitte-Rechts-Parteien auf den Sitz des Linksaussen-Kandidaten Rémy Pagani scheiterte am Sonntag klar: Pierre Conne von der FDP erhielt im zweiten Wahlgang 1695 Stimmen weniger als Pagani, der im ersten Wahlgang am 19. April auf dem achten Platz gelandet war. Im zweiten Wahlgang profitierte Pagani von der Allianz seiner Partei Ensemble à Gauche mit der SP und den Grünen.

## Fast alles beim Alten

Das beste Resultat erzielte der amtierende Stadtpräsident Sami Kanaan (sp.), vor Esther Alder (gp.), Sandrine Salerno (sp.), Rémy Pagani (Ensemble à Gauche) und Guillaume Barrazone (cvp.). Alle Gewählten sind Bisherige. Leichte Machtverschiebungen gab es hingegen bei der Zusammensetzung der Legislative der zweitgrössten Schweizer Stadt: Die Mitte-Rechts-Parteien konnten am 19. April ihre Mehr-

heit im Stadtparlament um zwei Sitze ausbauen. Die Konfiguration mit einer linken Exekutive und einer rechten Legislative lässt eine konfliktreiche Legislatur voraussehen.

## Eine Zäsur für das MCG

Einen schwarzen Sonntag erlebten die populistische Partei Mouvement Citoyens Genevois (MCG) und ihr geistiger Übervater Eric Stauffer. Obwohl Stauffer im Vorfeld des zweiten Wahlgangs allen Einwohnern von Onex ein persönliches Schreiben verschickt hatte, verlor der MCG-Gründer und heutige Ehrenpräsident seinen Sitz in der dreiköpfigen Exekutive des Genfer Vororts. Die Wahlschlappe zeichnete sich ab, nachdem Stauffer am 19. April auf dem zweitletzten Platz gelandet war und die FDP mit den Sozialisten und den Grünen eine «Anti-Stauffer-Allianz» eingegangen war.

Neben dem Ehrenpräsidenten scheiterte auch der Präsident des MCG, Roger Golay. Golay versuchte vergeblich, ein Exekutivamt in Lancy zu erobern. Die vor zehn Jahren gegründete Anti-Grenzgänger-Partei ist neu in keiner der 45 politischen Gemeinden des Kantons mehr in der Exekutive vertreten. Das MCG scheint als Protestpartei seinen Zenit überschritten zu haben. Will die Partei in die Verantwortung eingebunden werden, muss sie sich mässigen.